

3345/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Gabi Moser, Freundinnen und Freunde haben am 2. Dezember 1997 unter Nr. 3379/J eine schriftliche Anfrage betreffend Export von Zwentendorf - Komponenten nach Rußland an mich gerichtet, die folgendermaßen lautet:

1. Wann und in welchem konkreten Zusammenhang wurden Teile des Außenministeriums erstmals mit dem gegenständlichen Geschäft konfrontiert?
2. Liegen dem Außenministerium Verdachtsmomente über einen möglichen Weitertransport der Komponenten in den Iran vor? Wenn ja, welche im Detail?
3. Liegen dem Außenministerium Aktenvermerke über die Personen Machura sowie Abrahamson vor? Wenn ja, mit welchem Wortlaut?
4. Kam es beim Außenministerium zu Interventionen oder Kontaktaufnahmen anderer Dienststellen in dieser Causa? Wenn ja, von wem und mit welchem konkreten Inhalt und welchen Konsequenzen?
5. Ist dem Außenministerium ein Schreiben der deutschen Botschaft in dieser Causa zugegangen? Wenn ja, wie lautet der Wortlaut?
6. Wann wurde in den Jahren 1994 bis 1997 jeweils um Exportgenehmigungen für Zwentendorf - Komponenten nachgesucht? Wie lautete jeweils im Wortlaut das Ansuchen, um welche Mengen welcher konkreten Komponenten handelte es sich, wie lautete jeweils der Entscheid des Ministeriums und aus welchen Beweggründen kam es zu Untersagungen?

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1 und 2:

Das BMAA wurde erstmals durch einen Zeitungsartikel einer englischen Tageszeitung im November 1996 konfrontiert. Seitens der Zeitungsredaktion wurden bei Kontaktnahme keine näheren Angaben gemacht. Spätere Hinweise waren in einer deutschen Verbalnote (siehe unten ) enthalten.

Zu Frage 3:

Im Anfragegegenstand konnten keine einschlägigen Amtsvermerke festgestellt werden.

Zu Frage 4:

Nein. Auf Initiative des BMAA erfolgte eine Rücksprache mit der für Exportkontrollen zuständigen Fachabteilung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten zum Inhalt des Presseartikels sowie der deutschen Verbalnote.

Zu Frage 5:

Ja. Eine Verbalnote der deutschen Botschaft weist auf deutsche Besorgnisse über Gerüchte hin, daß der Iran der wahre Endabnehmer der in Frage stehenden Güter sei. Weiters wurde um Mitteilung ersucht, ob Österreich die Möglichkeit habe, die vermutete Ausfuhr nach Rußland und die Weiterlieferung in den Iran zu verhindern.

Zu Frage 6:

Diesbezüglich verweise ich auf die Anfragebeantwortung durch den zuständigen Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten.